

Antrag

der Abgeordneten Monika Lazar, Priska Hinz (Herborn), Katrin Göring-Eckardt, Claudia Roth (Augsburg) ... und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Politische Bildung zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechts- extremismus weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Demokratie lebt von der Mitwirkung jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft. Dazu muss einerseits der Staat entsprechende Gesetze und Strukturen sichern. Andererseits ist zu unterstützen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Partizipationsangebote aber auch nutzen und sich aktiv einbringen. Dies ist jedoch heute nur in unbefriedigendem Maße der Fall. Politik- und Sozialforschung sehen teilweise sogar unsere Demokratie in Gefahr. Aktuelle Umfragen belegen erhebliche Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien in Deutschland. Bundesweite Wahlerfolge rechtsextrimer Parteien auf Landes- und Kommunalebene, aber auch die oft alarmierend geringe Wahlbeteiligung, spiegeln eine Vertrauenskrise breiter Bevölkerungsschichten in die Politik wider. Dies macht politische Bildung zur gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Wir müssen verstärkt für demokratische Grundwerte werben, über bürgerliche Rechte informieren, undemokratische Ideologien entlarven und ächten.

Politische Bildung kann die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, sich mit Politik zu befassen und Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen. Zu ihren Aufgaben zählt es, Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen auf den unterschiedlichen Ebenen bekannt zu machen und auf Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten hinzuweisen. Diese Informationen fördern das Verständnis von Demokratie im Gegensatz zu Diktatur, verringern Frustration und Resignation aufgrund von Gefühlen der Rat- bzw. Machtlosigkeit und erhöhen die Bereitschaft zu politischer Mitarbeit. Bei der Präsentation politischer Bildungsinhalte sollten deshalb auch didaktische Ansätze zur Ansprache politikferner Bevölkerungsschichten zum Tragen kommen.

Rechtsextreme Ideologien stellen heute die größte Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat dar. Neonazistische Parteien, Organisationen und „freie Kräfte“ instrumentalisieren zunehmend professionell Ängste, Ressentiments und soziale Probleme der Bevölkerung, um für eine menschenverachtende Ideologie zu werben, leider teilweise mit Erfolg. Ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild haben knapp 9 Prozent der Deutschen, doch ist der Rechtsextremismus kein gesellschaftliches Randphänomen. Ein „Extremismus der Mitte“ breitet sich weiter aus: „Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten.“ (Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, 2006). Besonders hohe Zustimmungswerte gibt es bei ausländerfeindlichen und chauvinistischen Aussagen, gefolgt von Antisemitismus. In einigen Gebieten vertritt fast jeder zweite rassistische Einstellungen. In ländlichen Regionen ist die Nazi-

Ideologie öfter, homogener und verfestigter anzutreffen, da es an alternativen Angeboten fehlt. Grund für die Schwierigkeiten von Initiativen gegen Rechtsextremismus in Dörfern und Kleinstädten ist ein Demokratiedefizit; abweichende Meinungen werden kaum akzeptiert (Studie im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion, Liebscher/Schmidt: Grenzen lokaler Demokratie - Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, 2007).

Der moderne Rechtsextremismus steht in der Tradition des Nationalsozialismus, der Millionen Menschen Tod und schreckliches Leid brachte. Seine menschenverachtende Rassenlehre zielte auf Vernichtung und Unterdrückung ganzer Völker. Der Holocaust ist mit keinem anderen Verbrechen in der deutschen Geschichte vergleichbar. Moderner Rechtsextremismus will an die NS-Terrorherrschaft anknüpfen und unsere Demokratie gegen einen autoritären Führerstaat tauschen.

Die Geschichte der ehemaligen DDR mit der NS-Zeit gleichzusetzen, wäre vor diesem Hintergrund unangemessen und eine Verharmlosung des Rechtsextremismus. Unbestritten ist jedoch, dass die DDR eine Diktatur war, in der viele Menschen schweren Menschenrechtsverletzungen und Repressionen zum Opfer fielen. Ein beträchtlicher Teil der heutigen bundesdeutschen Bevölkerung wuchs in den ostdeutschen Bundesländern auf und war durch Erziehung und Bildung im damaligen DDR-System auch einer entsprechenden ideologischen Indoktrination ausgesetzt. Kritische Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Zuständen oder eine Vermittlung von Demokratiebildung fanden hingegen damals nicht statt. Aufarbeitung und politische Bildung zur SED-Diktatur sind daher unerlässlich. Das gilt sowohl für junge Menschen, die kaum etwas über die DDR wissen, als auch für Ältere, welche dort teilweise nachhaltig geprägt wurden.

Politische Bildung muss in Elternhaus, Schule und Kinder- und Jugendarbeit einen höheren Stellenwert einnehmen. Die Länder und Kommunen sind aufgerufen, die Schulen verstärkt zu Orten weiterzuentwickeln, in denen politische Bildung und Beteiligung in Theorie und Praxis mehr Raum einnehmen. Im Rahmen einer Offensive für demokratische Jugendbildung muss die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen gefördert werden. Unverzichtbar sind die vielfältigen politischen Lernerfahrungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie den Jugendverbänden, die verstärkt gefördert werden müssen. Kinder und Jugendliche müssen als Träger demokratischer Rechte ernst genommen und altersgerecht an demokratischen Prozessen ebenso wie an Maßnahmen der politischen Bildung herangeführt und beteiligt werden. Der Bedarf an qualifizierten Informationen über unser demokratisches System ist in allen Bevölkerungsschichten verbreitet – von einer Kultur der frühen Beteiligung würde somit die gesamte Gesellschaft profitieren.

Insgesamt sollte sich politische Bildung mit allen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen, bei denen eine Ablehnung oder Ignoranz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erkennen ist. Dabei müssen unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten auch aktuelle Verfahrensweisen der Bundesregierung problematisiert werden, welche eine Gefährdung von Privatrechten darstellen. In diesem Sinne als höchst fragwürdig zu bewerten sind beispielsweise Vorratsdatenspeicherung, staatliches Onlinehacking oder willkürliche Telefonüberwachung. Wer sich von unserem demokratischen Rechtsstaat ausspioniert fühlt, wird möglicherweise das Vertrauen in dessen Prinzipien verlieren oder gar nicht erst entwickeln. Doch Demokratie kann nur sicher bestehen, wenn ein Großteil der Menschen in Deutschland sich damit identifiziert. Politische Bildung ist somit eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die weit über klassische Wissensvermittlung hinausreicht und mit anderen Themengebieten eng vernetzt werden muss.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die politische Bildung als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zur Demokratieentwicklung zu begreifen und zu einer wachsenden Vernetzung aller damit befassten Organisationen und Akteure beizutragen,
2. sich für lebensbegleitende politische Bildung von der Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter einzusetzen und mehr altersspezifische (und genderspezifische) Angebote anzuregen bzw. zu fördern,
3. darauf hinzuwirken, im Unterricht zur politischen Bildung nicht nur den historischen Nationalsozialismus, sondern verstärkt auch Erscheinungsformen des aktuellen Rechtsextremismus zu verankern,
4. darauf hinzuwirken, dass Gedenkstättenbesuche und persönlicher Austausch mit Zeitzeugen der NS-Diktatur in Bildungseinrichtungen durch die Einladung von Nazi-Aussteiger(inne)n Bezüge zum modernen Rechtsextremismus erhalten,
5. darauf hinzuwirken, dass die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus in die Inhalte des Lehramtstudiums aufgenommen wird und dabei praxiserprobte Lösungsansätze (z.B. von „Schulen ohne Rassismus“) mit einfließen,
6. darauf hinzuwirken, dass für das angestellte Lehrpersonal spezielle Weiterbildungsmodule zur Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus entwickelt und angeboten werden,
7. darauf hinzuwirken, dass die DDR-Geschichte mit ihren Menschenrechtsverletzungen in den Schulen gezielt als Gegensatz zu den Werten unserer Demokratie vermittelt wird,
8. die Gründung von Außenstellen der Bundeszentrale für politische Bildung besonders in sozialen Brennpunktstadtteilen und ländlichen Regionen voranzutreiben und zu fördern,
9. die Bundeszentrale für politische Bildung anzuregen, mehr niedrigschwellige didaktische Ansätze zur Ansprache politikferner Zielgruppen zu entwickeln und anzuwenden,
10. die Bundeszentrale für politische Bildung anzuregen, mehr didaktische Ansätze zur Ansprache von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und anzuwenden,
11. die Bundeszentrale für politische Bildung anzuregen, verstärkt über die Geschichte und Perspektiven von Bürgerrechtsbewegungen wie etwa der schwul-lesbischen Emanzipationsbewegung zu informieren und deren Erfahrungen mit Blick auf nach wie vor vorhandene Diskriminierungen zu thematisieren,
12. die Bundeszentrale für politische Bildung anzuregen, mehr didaktische Ansätze zur Ansprache von Kindern bereits in der frühesten Erziehung in Kindergärten und Grundschulen sowie für mehr demokratische Beteiligung und Bildung in allen Schulen zu entwickeln und anzuwenden,
13. die Bundeszentrale für politische Bildung anzuregen, im Rahmen ihrer Schnittstellenfunktion zwischen Politik und Bildungseinrichtungen zu einer regelmäßigen Evaluation der Vermittlung von Geschichte des Nationalsozialismus beizutragen,
14. sich dem Land Niedersachsen gegenüber für eine Wiedereinführung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung einzusetzen,
15. sich verstärkt mit Themen wie soziale Exklusion oder Globalisierungskritik, die gezielt von Nazi-Szenen instrumentalisiert werden, auseinanderzusetzen und öffentliche, demokratisch fundierte Debatten darüber anzustoßen,

16. im Rahmen der politischen Bildung mehr alternative zivilgesellschaftliche (Jugend-)Projekte zu fördern, die auf ungewöhnlichen und originellen Wegen für Demokratie werben,
17. die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus demokratischer zu gestalten, insbesondere ein direktes Antragsrecht für Initiativen gegen Rechtsextremismus (nach dem Vorbild der früheren Bundesprogramme civitas und entimon) zu ermöglichen.

Berlin, den 1. Dezember 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion